

### **A3 Finanzkriminalität endlich einen Riegel vorschieben: Wirecard-Skandal auch in Bayern konsequent aufklären**

Antragsteller\*in:           Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt),  
  Tim Pargent (KV Bayreuth-Stadt)

1    Es ist einer der größten Finanzskandale in der Geschichte der Bundesrepublik:  
2    Der ehemalige DAX-Konzern Wirecard mit Hauptsitz im oberbayerischen Aschheim bei  
3    München hat mutmaßlich über Jahre seine Bilanzen gefälscht und Geldwäsche  
4    in großem Stil betrieben. Angebliche Bankguthaben des Konzerns auf den  
5    Philippinen in Höhe von 1,9 Mrd. Euro – fast ein Drittel der Bilanzsumme –  
6    existieren nicht. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachtes auf  
7    Betrug, Untreue, Bilanzfälschung, Marktmanipulation und Geldwäsche. Das  
8    Unternehmen hat Insolvenz angemeldet und kostet damit auch Tausenden  
9    Beschäftigten ihren Arbeitsplatz. Der Schaden ist immens, nicht nur für den  
10   Finanzplatz Deutschland, sondern auch für die Investor\*innen, darunter viele  
11   Kleinanleger\*innen, die mehrere Milliarden Euro verloren haben. Dabei gab es  
12   spätestens seit 2015 klare Hinweise auf die kriminellen Machenschaften der  
13   Wirecard AG. Die zuständigen staatlichen Aufsichtsbehörden von Bund und Bayern  
14   haben allen Zeichen zum Trotz nicht eingegriffen, auch die zuständigen  
15   Wirtschaftsprüfer\*innen sind ihrer Pflicht offenbar äußerst mangelhaft  
16   nachgegangen. Und auch die Deutsche Börse ist ihrer Aufsichtspflicht nicht  
17   ausreichend nachgekommen : sie ließ Aktien einer Firma handeln, deren Bilanzen  
18   gefälscht waren und die gegen die zum Schutze besonders von Kleinanleger\*innen  
19   geltenden Transparenzregeln verstieß<sup>[1]</sup>. Die Aktien vom Markt genommen oder das  
20   Versäumnis publik gemacht hat die Deutsche Börse unerklärlicherweise aber  
21   nicht.

22   Die zwei Sondersitzungen des Finanzausschusses des Bundestags in der  
23   parlamentarischen Sommerpause lassen grobe Zweifel am Aufklärungswillen der  
24   Bundesregierung und haben deutlich gemacht: Die Bundesregierung erkennt ihre  
25   Verantwortung in dem Skandal nicht an. Deswegen haben wir Grüne auf Bundesebene  
26   gemeinsam mit FDP und Linken einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss  
27   eingesetzt, der seine Arbeit bereits [im Herbst] aufgenommen hat. Er soll  
28   klären, an welchen Stellen die staatlichen Aufsichtsbehörden und die  
29   Wirtschaftsprüfung versagt haben, und welche Rolle Lobbyismus und  
30   geheimdienstliche Interessen gespielt haben. Neben der Sachaufklärung soll er  
31   weiteren Reformbedarf offenlegen. Klar ist schon jetzt: Eine Reform der  
32   deutschen Finanzaufsicht und der Wirtschaftsprüfungspraxis ist längst  
33   überfällig.

34 Auch in Bayern übernimmt die Söder-Regierung trotz deutlicher Verfehlungen  
35 keine Verantwortung. Dabei ist die Rolle der bayerischen Staatsregierung, der  
36 bayerischen Behörden und einiger CSU-Politiker\*innen höchst  
37 aufklärungsbedürftig. Denn der Wirecard-Skandal offenbart nicht nur die  
38 Wegschau-Mentalität der Söder-Regierung besonders im Bereich der Finanz- und  
39 Wirtschaftskriminalität und den verantwortungslosen Umgang mit der  
40 Geldwäschaufsicht über Wirecard. Er zeigt auch ein äußerst bedenkliches  
41 Lobbyismusverständnis sowohl von ehemaligen CSU-Staatsminister\*innen und CSU-  
42 Staatssekretär\*innen als auch der bayerischen Staatsregierung und des  
43 Bundeskanzleramts.

44 Wir sorgen dafür, dass die Söder-Regierung endlich ihren Teil der  
45 Verantwortung für den Wirecard-Skandal übernimmt und ihre Rolle in dem Skandal  
46 lückenlos und mit höchster Transparenz aufarbeitet! Die Regierung hat bei  
47 seinem ehemaligen Vorzeige-FinTec-Unternehmen mindestens ein Auge zugedrückt.  
48 Das muss Konsequenzen haben. Zudem wollen wir, dass die bayerische  
49 Staatsregierung die Lehren aus dem Wirecard-Skandal zieht und Bayern seinen Ruf  
50 als ein Schlaraffenland für Wirtschaftskriminelle endlich und ein für alle Mal  
51 loswird!

52 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Bayern fordern:

53 **1. Lückenlose und transparente Aufklärung des Wirecard-Skandals und allen**  
54 **Verbindungen der Staatsregierung zum Konzern!**

55 **2. Massive Aufstockung des Personals in der Justiz, besonders bei der**  
56 **Schwerpunkt-Bearbeitung Finanzkriminalität, um die umfassende Aufklärung zu**  
57 **ermöglichen!**

58 Obwohl seit 2010 regelmäßig Strafanzeigen gegen Wirecard wegen des Verdachts  
59 auf Geldwäsche, Betrug und Untreue eingingen und es darüber hinaus auch  
60 Verdachtsmeldungen über die Bundes-Finanzkriminalitätseinheit FIU an  
61 bayerische Behörden zu Wirecard gab, sind die Anzeigen bei der  
62 Staatsanwaltschaft versendet. Es kam bisher weder zu einer Hauptverhandlung noch  
63 zu einem Urteil. Stattdessen hat man Verfahren gegen Journalist\*innen eröffnet,  
64 die dem Riesenbetrug von Wirecard auf die Spur gekommen waren. Die bayerische  
65 Justiz muss nun dringend und umfassend jeden Verdacht ausräumen, den  
66 Strafanzeigen nicht ausreichend nachgegangen zu sein. Dafür werden wir die  
67 Justiz mit deutlich mehr Personal und finanziellen Mitteln ausstatten.

68 **3. Kurzfristig mehr Ressourcen für die Geldwäsche-Aufsicht im Freistaat**  
69 **einsetzen und mittelfristiges Hinwirken auf der Überführung der Geldwäsche-**  
70 **Aufsicht in die Bundeszuständigkeit!**

71 Das zuständige bayerische Innenministerium hat die Vorwürfe gegen Wirecard  
72 durchweg ignoriert und sich über Jahre nicht mit der Frage beschäftigt, ob die  
73 Bezirksregierung Niederbayern als ihre Behörde für die Aufsicht über die  
74 Wirecard AG zuständig ist – trotz den regelmäßigen Ermittlungen und  
75 Vorwürfen wegen des Verdachts auf Geldwäsche. Obwohl die Frage der  
76 Zuständigkeit vom prüfenden Wirtschaftsprüfungsunternehmen schon Anfang 2020  
77 aufgebracht worden war, schaltete sich das bayerische Innenministerium erst im  
78 Juni 2020 ein. Die einzige Amtshandlung des bayerischen Innenministeriums  
79 bestand aber darin, die Verantwortung für den Fall abzuschieben. Denn das  
80 bayerische Innenministerium sprach der Bezirksregierung Niederbayern  
81 ausgerechnet am 25. Juni 2020 – der Tag, an dem Wirecard Insolvenz angemeldet  
82 hatte – in einer ad-hoc-Entscheidung entgegen deren monatelanger Überzeugung  
83 die Zuständigkeit als Geldwäschepräventionsbehörde für die Wirecard AG ab.  
84 Von Aufklärungswillen oder aktiver Problembekämpfung: keine Spur! Die  
85 Regierung Söder wollte offensichtlich nur den Skandal-Sumpf weitestmöglich von  
86 sich fernhalten. Die Folge: Eine Geldwäscheaufsicht für das Gesamtunternehmen  
87 Wirecard AG existierte zu keiner Zeit.

88 Es ist kein Geheimnis, dass Bayern als Steuer- und Unternehmensparadies in  
89 Deutschland gilt. Denn die bayerische Staatsregierung hat die zuständigen  
90 Landesbehörden bei der Geldwäscheaufsicht jahrelang und strukturell  
91 vernachlässigt und sträflich schlecht ausgestattet – personell und  
92 technisch. Die Überforderung der bayerischen Behörden mit der  
93 Geldwäscheaufsicht überrascht also nicht, die Ignoranz der Söder-Regierung  
94 bei Finanz- und Wirtschaftskriminalität hingegen schockiert. Bei gerade mal  
95 13,3 Personalstellen für die gesamte Geldwäscheprävention im bayerischen  
96 Nichtbankensektor ist die funktionierende Aufsicht für global handelnde  
97 Konzerne nicht möglich und öffnet Tür und Tor für kriminelle Machenschaften  
98 mit volkswirtschaftlichen Schäden in Milliarden-Höhe! Nur aus diesem Grund war  
99 es möglich, dass ein DAX 30-Konzern in Bayern, dessen Bilanzsumme im  
100 Milliarden-Bereich lag und mit dem man sich im Rahmen staatlicher Sponsoring-  
101 Verträge der Öffentlichkeit präsentierte und der für Milliarden Euros an  
102 Transaktionen zuständig war, die dazu noch aus Hochrisiko-Geldwäschebereichen  
103 wie Glückspiel kamen, keiner einzigen Geldwäsche-Prüfung unterzogen wurde! Die  
104 GRÜNEN fordern als Konsequenz aus dem Wirecard-Skandal eine Umstrukturierung  
105 der Geldwäscheaufsicht in Bayern. Die zuständigen Landesbehörden müssen  
106 endlich eine schlagkräftige Einheit werden, die ihren Aufgaben mit vollem  
107 Engagement nachgehen können. Die Geldwäscheaufsicht muss finanziell besser  
108 ausgestattet und das Personal deutlich aufgestockt werden. Für eine effektive  
109 Geldwäscheprävention führt kein Weg an einer vereinheitlichten Aufsicht  
110 vorbei. Mittelfristig wollen wir sie deshalb in die Bundeszuständigkeit  
111 überführen, wie es in der Vergangenheit bereits diskutiert und von den  
112 Ländern vorgeschlagen wurde.

113 **4. Einführung eines Lobbyregisters im Bayerischen Landtag und Einsatz im**  
114 **Bundesrat für ein Lobbyregister im Bundestag!**

115 Allen voran Karl-Theodor zu Guttenberg und Klaus-Dieter Fritsche haben ihre  
116 Lobbytätigkeiten auf äußerst dilettantische Weise betrieben und offenbar ihre  
117 alten Kontakte im Kanzleramt genutzt, um Wirecard Gesprächstermine zu  
118 verschaffen. Offensichtlich auch in Bayern mit Erfolg. Brisant ist dabei nicht  
119 nur, dass ausgerechnet Fritsche als ehemaliger Beauftragter der Bundesregierung  
120 für die Nachrichtendienste und Berater des damaligen österreichischen  
121 Innenministers Herbert Kickl von der rechtspopulistischen FPÖ erfolgreich für  
122 Wirecard lobbyierte. Pikant ist auch, dass das Kanzleramt Anfang September 2019,  
123 also unmittelbar nach dem Einsatz des CSU-Politikers Karl-Theodor zu Guttenberg  
124 für das Unternehmen, fleißig in China für Wirecard geworben hatte – obwohl  
125 im Bundesfinanzministerium bereits seit Februar 2019 bekannt war, dass die  
126 Finanzaufsichtsbehörde Bafin dem Verdacht auf Marktmanipulation bei Wirecard  
127 nachgeht.

128 Der Skandal um Wirecard beweist ein weiteres Mal: Lobbyismus darf sich nicht im  
129 Verborgenen abspielen. Deswegen fordern die Bayerischen GRÜNEN nicht nur mit  
130 großem Nachdruck, dass die bayerische Staatsregierung alle Kontakte,  
131 Kooperationen und Verbindungen mit dem Unternehmen offenlegt. Wir werden auch  
132 dafür sorgen, dass sowohl in Bayern als auch auf Bundesebene endlich  
133 Lobbyregister eingeführt werden. Politisches Handeln und Entscheidungen müssen  
134 transparent sein. Einflussnahme und Korruption können wir nur dann verhindern,  
135 wenn für uns alle einsehbar ist, welche Lobbyist\*innen wann und welche  
136 Regierungsvertreter\*innen und Abgeordnete aufsuchen und mit wessen Auftrag sie  
137 welche Ziele verfolgen.

138 [\[1\]](#) Wirecard legte seinen Jahresbericht zu spät vor.